

MITGLIEDSTAAT:	<i>Bundesrepublik Deutschland</i>
FONDS:	<i>Europäischer Rückkehrfonds</i>
ZUSTÄNDIGE BEHÖRDE:	<i>Bundesamt für Migration und Flüchtlinge Frankenstraße 210 90461 Nürnberg</i>
ANSPRECHPARTNER:	RD'in Romy Bartels
FUNKTION:	Leiterin der Zuständigen Behörde
PROGRAMMJAHR:	<i>2013</i>

1. ALLGEMEINE VORSCHRIFTEN FÜR DIE AUSWAHL VON IM RAHMEN DES PROGRAMMS ZU FINANZIERENDEN PROJEKTEN

A. Allgemeine Regeln

- Entscheidung des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 23. Mai 2007 (Nr. 575/2007/EG)
- Entscheidung der Kommission vom 5. März 2008 mit Durchführungsbestimmungen zur Entscheidung Nr. 575/2007/EG des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Europäischen Rückkehrfonds für den Zeitraum 2008 bis 2013 innerhalb des Generellen Programms „Solidarität und Steuerung der Migrationsströme“ in Bezug auf die Verwaltungs- und Kontrollsysteme der Mitgliedstaaten, die Vorschriften für die Verwaltung und finanzielle Abwicklung aus dem Fonds kofinanzierter Projekte und die Förderfähigkeit der Ausgaben im Rahmen solcher Projekte (2008/458/EG) sowie die Entscheidungen der Kommission vom 23. Juli 2009 (2009/614/EG), vom 8. Februar 2010 (2010/70/EU) und vom 2. März 2011 (2011/177/EU) zur Änderung der Durchführungsbestimmungen.
- Förderrichtlinie des Bundesministeriums des Innern vom 29. Juni 2012 zur Entscheidung des Europäischen Parlaments und des Rates Nr. 575/2007/EG

Verfahren der Projektauswahl:

1.1.

„Zuständige Behörde fungiert als Vergabegremium“

Die Ausschreibung des Förderjahres 2013 wird im ersten Quartal des Jahres 2013 veröffentlicht.

Vorgesehen sind einjährige Projekte, da in diesem Förderjahr die Förderung durch SOLID ausläuft.

Die Ausschreibungsfrist wird acht Wochen betragen. Die Antragsteller werden aufgefordert, die Projektanträge direkt bei der zuständigen Behörde für die Verwaltung des Europäischen Rückkehrfonds beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (im Folgenden „Zuständige Behörde“) einzureichen.

Der Finanzrahmen des Europäischen Rückkehrfonds wurde für die Bundesrepublik Deutschland für das Förderjahr 2013 auf 7.609.749 EURO festgesetzt. Davon entfallen 4% zuzüglich 30.000,00 EURO (334.389,96 EURO) auf die administrative und technische Unterstützung.

Somit steht ein Betrag von 7.275.359,04 EURO für den Förderzeitraum vom 1. Januar 2013 bis zum 30. Juni 2014 zur Vergabe von Zuwendungen zur Verfügung.

Dabei sind für das Jahr 2013 folgende Behördenprojekte geplant:

- „Intensivierung und Verbesserung der Zusammenarbeit mit westafrikanischen Staaten auf dem Gebiet der Beschaffung von Heimreisedokumenten sowie der Durchführung von Rückführungsmaßnahmen“ der Bundespolizei in Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden der Länder (Maßnahme 4; Kofinanzierung durch den Europäischen Rückkehrfonds: 220.000,00 EURO)
- „Zusammenarbeit mit der französischen Partnerbehörde ‘Office Français de l’Immigration et de l’Intégration (OFII)’ im Bereich der Reintegration von freiwilligen Rückkehrern nach Armenien“ des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Maßnahme 6; Kofinanzierung durch den Europäischen Rückkehrfonds: 26.054,50 EURO)
- „Behördliches Netzwerk für internationale Projektarbeit im Bereich der Rückkehr und Reintegration (BeNIP)“ des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Maßnahme 7; Kofinanzierung durch den Europäischen Rückkehrfonds: 50.000,00 EURO)

Das reservierte Fördervolumen für im Förderjahr 2012 begonnene Mehrjahresprojekte beträgt: 1.614.743,22 EURO.

Daher stehen für den Förderzeitraum 1. Januar 2013 bis 30. Juni 2015 insgesamt 5.364.561,32 EURO zur Ausschreibung zur Verfügung.

Bei den Finanzdaten, die im Rahmen dieses Jahresprogramms bei den einzelnen Maßnahmebereichen dargestellt werden, handelt es sich um Planungsdaten.

Gefördert werden sollen vor allem Projekte für Rückkehrer/ Rückkehrwillige aus bzw. Projekte in solchen Staaten, die aus rückkehrpolitischer Sicht für Deutschland derzeit von besonderer Bedeutung sind. Hierbei handelt es sich unter anderem um folgende Staaten: Afghanistan, Algerien, Angola, Armenien, Aserbaidshan, Äthiopien, Benin, Burkina Faso, China, Elfenbeinküste, Georgien, Ghana, Guinea, Indien, Irak, Iran, Kosovo, DR Kongo, Libanon, Mali, Marokko, Nigeria, Pakistan, Russische Föderation, Syrien, Sri Lanka, Togo, Türkei, Ukraine und Vietnam.

Bei der Projektauswahl 2013 wird besonders darauf geachtet werden, dass die geförderten Projekte einen bundesweiten Wirkungsbereich mit einer relevanten Größe der Zielgruppe haben. Regional sowie quantitativ stark begrenzte Projekte werden lediglich nachrangig gefördert.

Die Zuständige Behörde wird deshalb wie in den Vorjahren in der öffentlichen Ausschreibung 2013 nachdrücklich dafür werben, dass Antragsteller verstärkt von der Möglichkeit Gebrauch machen, Partnerschaften untereinander einzugehen. Erfahrungen erfolgreicher Projekte aus den Vorjahren zeigen, dass sich die gemeinsame Nutzung von Know-how und finanziellen Ressourcen der Landes- oder Kommunalbehörden, der kirchlichen sowie sonstigen Träger der Wohlfahrtspflege und Nichtregierungsorganisationen als sinnvoll und effektiv erwiesen hat. Somit können Synergieeffekte genutzt werden. Insbesondere kann es von Vorteil sein, wenn Partnerschaften gerade mit größeren und erfahrenen, insbesondere auch finanzstarken Projektträgern eingegangen werden. Zur Steigerung der Nachhaltigkeit und Effektivität der Projektarbeit werden Projekte bevorzugt gefördert, deren Gesamtprojektkosten mindestens 60.000,00 EURO betragen.

Bei der Auswahl der Projekte legt die Zuständige Behörde folgende Kriterien an:

Ausschlusskriterien

Projektanträge sind vom Auswahlverfahren ausgeschlossen,

- soweit sie formelle Anforderungen nicht erfüllen, etwa, weil sie verspätet, nicht formgerecht, unvollständig oder ohne Unterschrift einer vertretungsberechtigten Person eingereicht wurden,
- soweit sie inhaltlich offensichtliche Mängel aufweisen, etwa, weil sie offensichtlich die Zielgruppe nicht erreichen oder offensichtlich den Förderprioritäten der Europäischen Union und dem Maßnahmenkatalog des nationalen Jahresprogramms nicht entsprechen oder das Projekt mit Gewinnstreben verbunden ist.

Auswahlkriterien in Bezug auf den Antragsteller

Bevor der eingereichte Projektvorschlag selbst einer Bewertung unterzogen wird, sind die Erfahrung, Sachkunde, Verlässlichkeit sowie die finanziellen, organisatorischen und persönlichen Kapazitäten des Antragstellers und einer etwaigen Partnerorganisation zu prüfen. Unter „Verlässlichkeit“ fließen auch die Erfahrungen der Zuständigen Behörde mit dem Antragsteller in Zusammenhang mit bereits bestehenden oder durchgeführten Projekten sowie Erkenntnisse zur Qualität bisher geleisteter Projektarbeit ein. Bei erstmaliger Antragstellung werden die Qualität vorgelegter Antragsunterlagen und Projektbeschreibungen (z.B. klare Projektziele, nachvollziehbare Projektbeschreibung) sowie von dritter Seite vorgelegte Referenzen/Empfehlungen, aufgrund derer ebenfalls auf vorhandene Sachkunde und Verlässlichkeit geschlossen werden kann, in die Prüfung einbezogen. Erfüllt der Antragsteller die Mindestanforderungen bei diesen Auswahlkriterien nicht, ist der Projektvorschlag abzulehnen.

Auswahlkriterien in Bezug auf den Projektvorschlag

Lage und Bedarf: Zur Einschätzung von Lage und Bedarf in der Bundesrepublik Deutschland bzw. der Region, in der das Projekt durchgeführt werden soll, wird von der Fachabteilung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge bzw. von den Ländern im Empfehlungsverfahren eine Stellungnahme abgegeben.

Relevanz: Der Projektvorschlag muss den Förderschwerpunkten entsprechen, die im nationalen Jahresprogramm unter Berücksichtigung von Lage und Bedarf in der Bundesrepublik Deutschland beschrieben wurden.

Konzeption: Die geplanten Projektmaßnahmen müssen wirksam und angemessen zur Erreichung der angestrebten Projektziele sein, die Projektbeschreibung muss insofern ein logisches und nachvollziehbares Projektkonzept aufweisen sowie objektive und nachprüfbare Indikatoren für die Zielerreichung beinhalten.

Nutzen und Nachhaltigkeit: Zu Nutzen und Nachhaltigkeit des Projektes sind der erstrebte Projekterfolg, die angemessene Größe der Zielgruppe und die Auswirkungen der Projektarbeit über die Projektdauer hinaus (z.B. eventuelle Multiplikatoreffekte) zu bewerten.

Kosteneffektivität: Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Effizienz des Projektes sind unter finanziellen Aspekten nach dem Kostenaufwand im Verhältnis zum Nutzen zu bewerten.

Bei der Entscheidung der Zuständigen Behörde wird die fachliche Bewertung und Stellungnahme der jeweiligen Fachabteilung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge berücksichtigt. Dies dient der Sicherstellung einer strategischen Verwendung der Mittel des Europäischen Rückkehrfonds und der Vermeidung von Doppelförderungen. Desweiteren fließen im Übrigen die Stellungnahmen der Länder mit in die Entscheidung der Zuständigen Behörde ein. Die Entscheidungsvorschläge der Zuständigen Behörde werden dem Bundesministerium des Innern in seiner Funktion als fachaufsichtsführende oberste Bundesbehörde zur Billigung vorgelegt. Das Bundesministerium des Innern prüft die zur Förderung vorgeschlagenen Pro-

jekte insbesondere im Hinblick auf ihre rückkehrpolitische Bedeutung für ein bundesweit kohärentes und strategisches Rückkehrmanagement.

1.2.

„Zuständige Behörde fungiert als Durchführungsstelle“

Die Zuständige Behörde wird regelmäßig, indirekt durch die Mitwirkung einer zuständigen nationalen Behörde, Projekte durchführen.

Die Zuständige Behörde arbeitet dabei mit folgenden nationalen Behörden zusammen:

- Bundespolizei
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Es liegt aufgrund der Projektmerkmale eine de-jure oder de-facto Monopolstellung vor oder es kommt aus Sicherheitsgründen keine andere Durchführungsoption in Betracht.

Bezüglich der de-jure oder de-facto Monopolstellung der Bundespolizei und des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge wird auf die Beschreibung bei den entsprechenden Maßnahmen verwiesen.

1.3

Ausschluss der Vermeidung einer Förderung durch andere EU-Finanzierungsinstrumente

Die Zuständige Behörde stellt durch geeignete Maßnahmen sicher, dass durch die mit Mitteln des Europäischen Rückkehrfonds ab dem 1. Januar 2013 geförderten Projekte keine anderen EU-Finanzierungsinstrumente in Anspruch genommen werden.

1.4

Sichtbarmachung der Förderung durch die EU-Kommission

Alle Informations- und Publizitätsaktivitäten über die EU-Förderung erfolgen vorrangig über das Internet. Hierzu hat die Zuständige Behörde auf der Homepage des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (<http://www.bamf.de>) den Link EU-Fonds eingerichtet. Hier bietet das Bundesamt Interessenten eine Plattform mit umfangreichen Informationen zur Beantragung von Projektvorhaben, Unterstützung durch Beratung bei der Projektplanung, -beantragung und -durchführung an.

Daneben erfolgen die klassische Pressearbeit sowie die Verteilung von Informationen über Printmedien. Die Projektträger sind verpflichtet, die Teilnehmer und Teilnehmerinnen von Projektmaßnahmen darüber zu informieren, dass die Maßnahme durch den Europäischen Rückkehrfonds kofinanziert wird. Hierüber werden die Projektträger bereits im Antragsverfahren, spätestens jedoch im Zuwendungsbescheid hingewiesen.

Die in Artikel 32 der Durchführungsbestimmungen der Europäischen Kommission (2007/837/EG) vorgesehene Information der Endbegünstigten ist Bestandteil des Zuwendungsbescheides.

Um die EU-Förderung transparent darzustellen, haben alle Endbegünstigten die Möglichkeit, ihre Projekte mit Zielsetzungen und Ergebnissen der breiten Öffentlichkeit vorzustellen. Die Zuständige Behörde trifft eine Auswahl der Best-Practice Projekte und veröffentlicht diese Projekte mit Textbeiträgen und Bildmaterial im Internet über die Homepage des Bundesamtes.

Die Mitarbeiter des Sachgebiets Projektcontrolling der Zuständigen Behörde sind für die Gestaltung und Durchführung von (Fach-)Tagungen, Podiumsdiskussionen, Gesprächskreisen und sonstigen Informationsveranstaltungen mit Projekt- und Maßnahmeträgern, Spitzen- und Dachverbänden, Ausländer- und Integrationsbeauftragten der Länder und Vertretern von Kommunen und Landesministerien verantwortlich. Sie nehmen an Netzwerktreffen teil.

In jedem Bundesland organisiert die Zuständige Behörde einmal pro Jahr eine Informationsveranstaltung (= „Regionalkonferenz“) der Endbegünstigten. Zu diesen Informationsveranstaltungen werden alle in diesem Bundesland ansässigen Endbegünstigten und außerdem solche Organisationen und Einrichtungen eingeladen, die an einer Förderung aus dem Europäischen Rückkehrfonds interessiert sind. In den Regionalkonferenzen werden das Mehrjahresprogramm und Jahresprogramm sowie die strategischen Leitlinien der Kommission vorgestellt und die bisher erzielten Ergebnisse der jeweiligen Jahresprogramme bekannt gegeben. Weiterhin wird über Entscheidungen der Kommission und die Umsetzung des Europäischen Rückkehrfonds in der Bundesrepublik Deutschland informiert. Das Treffen soll auch als Plattform für einen Erfahrungsaustausch der Projektträger untereinander genutzt werden.

Die Zuständige Behörde unterrichtet in ihrem EU-Fonds-Infobrief in regelmäßigen Abständen über den aktuellen Sachstand, Aktivitäten und Projekte sowie über aktuelle Entscheidungen des Europäischen Parlaments, des Rates der Europäischen Union und der Europäischen Kommission.

Die Versendung des EU-Fonds-Infobriefes erfolgt ausschließlich in elektronischer Form und wird auch unter der Adresse www.bamf.de auf der Internetseite des Bundesamtes eingestellt. Die Mitarbeiter der Vergabestelle sind für die Registrierung interessierter Akteure in die Verteilerliste zuständig.

Alle Informations- und Publizitätsmaßnahmen, die sich an die Endbegünstigten, die potenziellen Endbegünstigten und die breite Öffentlichkeit richten, umfassen folgende Elemente:

1. das Emblem der Europäischen Union entsprechend den in Anhang 10 angegebenen grafischen Normen und einen Verweis auf die Europäische Union; 10.1.2008 DE Amtsblatt der Europäischen Union L 7/15,
2. einen Verweis auf den Europäischen Rückkehrfonds,
3. das Logo des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge in der mit dem Corporate Design der Bundesregierung übereinstimmenden Ausführung mit dem Hinweis: „Gefördert durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge aus Mitteln der Europäischen Union“.

B. Übersicht über den bisherigen Stand der Ergebnisse bezüglich der drei durch die Europäische Kommission benannten strategischen Ziele

1. Weitere Entwicklung und Verbesserung der Aktivitäten der freiwilligen Rückkehr

Es wird darauf Wert gelegt, die von der Europäischen Kommission vorgenommene inhaltliche Schwerpunktsetzung in den Maßnahmebereichen, in denen ein entsprechender Bedarf in der Bundesrepublik Deutschland gegeben ist, umzusetzen.

Als ein Pfeiler der deutschen Politik der Rückkehrförderung der vergangenen 30 Jahre hat sich insbesondere das Bund-Länder-Rückkehrförderprogramm REAG/GARP (Reintegration and Emigration Programme for Asylum-Seekers in Germany/Government Assisted Repatriation Programme) erwiesen. So konnten seit Bestehen des Programms annähernd 550.000 Personen mit dessen Hilfe in ihre Heimatländer zurückkehren. Das im Jahr 1979 zusammen mit der Internationalen Organisation für Migration (IOM) entwickelte REAG-Programm, das 1989 um das GARP-Programm erweitert wurde, war in der Folge Vorbild für viele andere europäische Staaten, ein solches System zu etablieren (z.B. REAN in den Niederlanden oder REAB in Belgien). Heutzutage gehören Rückkehrförderprogramme zum festen Bestandteil einer kohärenten, nationalen Migrationspolitik aller EU-Staaten, insbesondere als Strategie zur Verhinderung illegaler Zuwanderung. Weitere wichtige Maßnahmen zur Förderung der freiwilligen Rückkehr in Deutschland sind die Rückkehrberatung –unterstützt durch die ZIRF-Datenbank des Bundes- und die Förderung der Reintegration im Herkunftsland. Die Förderung der freiwilligen Rückkehr findet auf vielen Ebenen statt, auf kommunaler, Landes- und Bundesebene. Neben den staatlichen Akteuren sind zahlreiche Nichtregierungsorganisationen in diesen Bereichen aktiv. Auch im Bereich der zwangsweisen Rückführung sind auf kommunaler und Landesebene zahlreiche staatliche Akteure tätig.

Die Förderung der Weiterentwicklung und Verbesserung der Strukturen zur freiwilligen Rückkehr werden von der Bundesrepublik Deutschland bereits in hohem Maße umgesetzt und geht über die von der EU geforderten Standards hinaus. Projekte, die dieser Zielsetzung dienen, werden mit Mitteln aus dem Europäischen Rückkehrfonds im 1. und 2. Maßnahmebereich bevorzugt gefördert. So wurden im Jahr 2011 und 2012 über die Hälfte der zur Verfügung stehenden Fördermittel für diese Bereiche eingeplant. Mit Hilfe der geförderten Projekte wurden unmittelbare Rückkehrhilfen in den Bereichen Starthilfen, Rückkehrberatung, Reintegrationshilfen und Existenzaufbau geleistet.

Auch wenn die einzelnen Programme und Maßnahmen für sich genommen Erfolge verbuchen können, ist die „Förderlandschaft“ doch geprägt durch eine Vielfalt von beteiligten Akteuren und Zuständigkeiten. Nicht zuletzt deshalb soll zukünftig eine Optimierung und Weiterentwicklung der Förderung der freiwilligen Rückkehr im Sinne einer größeren Kohärenz der Maßnahmen der verschiedenen Akteure im Mittelpunkt stehen.

Eine wichtige Rolle spielt dabei die engere Verzahnung zwischen Asylverfahren, Rückkehrberatung, Rückkehrförderung und Reintegration. Um eine größere Kohärenz zu erreichen, ist

daher eine stärkere Koordinierung der Programme zur freiwilligen Rückkehr von Bund, Ländern, Kommunen und nicht-staatlichen Organisationen auf nationaler Ebene notwendig. Zu diesem Zweck wurde beim BAMF eine Koordinierungsstelle Rückkehr und Reintegration eingerichtet. Die Koordinierungsstelle soll u.a. die Vernetzung der genannten Akteure und die Informationsaufbereitung über Rückkehr- und Reintegrationsprojekte verbessern.

Weiteres Ziel ist die Ausweitung von Reintegrationsmaßnahmen in den Herkunftsländern sowie flankierende Projekte zur Förderung einer kohärenten Vorgehensweise und einer nachhaltig wirkenden Reintegration. In diesem Zusammenhang ist die Verzahnung von Maßnahmen der Reintegration mit Projekten der deutschen Entwicklungszusammenarbeit von besonderer Bedeutung.

Dieser kohärente Ansatz in der Rückkehrpolitik dient auch der Umsetzung der Rückführungsrichtlinie, in der der Grundsatz des Vorrangs der freiwilligen vor der zwangsweisen Rückkehr seinen Niederschlag gefunden hat. Deutschland unterstützt den im Gesamtansatz für Migration und Mobilität (GAMM) beschriebenen Weg einer umfassenden auswärtigen Migrationspolitik der EU, die im Bereich der 2. Säule des GAMM - Verhinderung und Eindämmung der irregulären Migration und des Menschenhandels – auch die Grundlagen und Elemente einer harmonisierten, kohärenten Rückkehrpolitik beschreibt.

Ziel aller ergriffenen Maßnahmen soll die Weiterentwicklung der Förderung der freiwilligen Rückkehr in Richtung eines integrierten Rückkehrmanagements sein, das die verschiedenen Phasen des Rückkehrprozesses miteinander verknüpft.

2. Förderung einer strategischeren Ausrichtung an EU-Standards durch die Umsetzung von Maßnahmen, die den Anforderungen der Rückführungsrichtlinie entsprechen

Rückführungen werden bereits den Vorgaben der Rückführungsrichtlinie entsprechend durchgeführt. Maßnahmen, die dem Ziel einer strategischeren Ausrichtung an EU-Standards dienen, sind daher nicht erforderlich.

3. Verbesserung der nationalen Möglichkeiten durch Kooperation mit anderen Mitgliedstaaten

Um die Potenziale der Vielfalt der Förderlandschaft besser nutzen zu können, wäre eine strategische Bündelung von Ressourcen auch auf europäischer Ebene wünschenswert. Um dies zu erreichen, soll die Zusammenarbeit mit anderen Mitgliedstaaten vertieft werden. Dies soll in einem ersten Schritt insbesondere durch eine Stärkung des Austauschs mit den europäischen Partnerbehörden erfolgen, um aktuelle Entwicklungen und Neuerungen zu verfolgen. Hierdurch können die Erfahrungen anderer Staaten genutzt und der Aufbau eines aktuellen Ansprechpartnernetzwerks intensiviert werden. Als Folge sollen die Möglichkeiten der praktischen Zusammenarbeit, insbesondere bei Reintegrationsprojekten, erweitert werden.

DURCH DAS PROGRAMM IM RAHMEN DER GEWÄHLTEN PRIORITÄTEN ZU FÖRDERNDE MASSNAHMEN

Gesichtspunkte, die für alle Maßnahmen gelten

Alle aufgeführten Maßnahmen zielen ausschließlich auf die in Artikel 7 Absatz 1 a bis d der Entscheidung des Europäischen Parlaments und des Rates 2007/575/EG definierten Zielgruppen. Projektanträge dürfen sich nur auf eine Maßnahmeart beziehen. Ebenfalls beziehen sich alle Indikatoren und Zielsetzungen auf die in der Entscheidung des Rates vorgegebenen Zielgruppen.

Alle bei der Beschreibung jeder Maßnahme aufgeführten quantifizierten Zielsetzungen sind indikative. Für alle Projekte der Maßnahmen unter Teil 2 werden die Finanzbeiträge aus dem Europäischen Rückkehrfonds in Form von Finanzhilfen gewährt.

2.1 Maßnahmen zur Umsetzung von Priorität 1

„Unterstützung der Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Ausarbeitung einer Rückkehrmanagementstrategie“

2.1.1. Maßnahme 1

Maßnahmen zur finanziellen und organisatorischen Unterstützung bei der freiwilligen Rückkehr sowie der Reintegration im Herkunftsland zur Förderung des Entschlusses, freiwillig auszureisen

1. Ziel und Inhalt der Maßnahme

Für die Durchführung eines integrierten Rückkehrmanagements im Förderjahr 2013 sind Maßnahmen zur finanziellen und organisatorischen Unterstützung bei der freiwilligen Rückkehr sowie Maßnahmen zur Reintegration im Herkunftsland erforderlich. Dadurch soll die Bereitschaft zur freiwilligen Rückkehr gefördert bzw. gestärkt und die Nachhaltigkeit des Verbleibs in der Heimat erhöht werden. Diese Maßnahmen sollen durch Beratungs- und Informationsangebote zur wirtschaftlichen und sozialen Situation in den Herkunftsländern unterstützt und eng mit diesen verzahnt werden.

Zur Verbesserung des Rückkehrmanagements werden im Förderjahr 2013 u. a. folgende Maßnahmen durchgeführt:

- Rückkehranreize durch finanzielle und organisatorische Unterstützung bei der freiwilligen Rückkehr einschließlich der Kosten für die Beförderung in das Rückkehrland (tatsächliche Reisekosten, pauschalisierte Reisebeihilfen sowie Starthilfen) und die Zusammenarbeit mit den Behörden des Herkunftslandes
- Maßnahmen zur nachhaltigen Reintegration im Herkunftsland
- Fortbildungs- und Qualifizierungsangebote für Rückkehrer, die speziell der Existenzsicherung im Herkunftsland dienen

- Rückkehrberatung betreffend kulturelle, soziale und wirtschaftliche Situation in den Herkunftsländern

Im Zuge der diesjährigen Vergabe von Fördermitteln wird der Schwerpunkt auf Maßnahmen zur Unterstützung der freiwilligen Rückkehr sowie einer nachhaltigen Reintegration in den Herkunftsländern liegen. Insbesondere sind Maßnahmen zur Steigerung der Nachhaltigkeit des Verbleibs im Herkunftsland gefordert.

2. Voraussichtliche Finanzhilfeempfänger

Es wird damit gerechnet, dass hier Anträge von den Einrichtungen der großen Kirchen, den Trägern der Wohlfahrtspflege, internationalen Organisationen (z. B. IOM, UNHCR) oder privat organisierten Vereinen und Einrichtungen vorgelegt werden, daneben aber auch von mit der Rückkehrförderung und/oder Rückführung befassten Behörden.

3. Voraussichtliche Ergebnisse und zu verwendende Indikatoren

Der Bereich Rückkehrunterstützung sowie Reintegration im Herkunftsland wird einen großen Teil der Projektstätigkeit bestimmen. Deutschland geht davon aus, dass im Förderjahr ca. 8.000 Personen in ihre Heimatländer zurückkehren werden. Die unter dieser Maßnahme geförderten Projekte sollen insbesondere die Zahl der freiwilligen Ausreisen erhöhen und die Nachhaltigkeit des Verbleibs im Heimatland steigern. Zur Messung der Zielerreichung der Projekte werden folgende Indikatoren verwendet:

- Anzahl/Anstieg freiwilliger Ausreisen
- Anzahl der gewährten Starthilfen
- Anteil der Wiedereinreisefälle
- Betreuungskapazitäten im Herkunftsland
- Anzahl der Betreuungsfälle im Herkunftsland
- Anzahl der durchgeführten Fortbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen
- Anzahl der vermittelten Fortbildungs-, Ausbildungs- und Arbeitsplätze in den Herkunftsländern
- Anzahl der Beratungsfälle/ beratenen Personen
- Regionale Reichweite der Beratungsstelle/ Größe der Gruppe der potenziellen Nutznießer

4. Finanzielle Informationen

Für das Jahr 2013 vorgesehene Mittel für diese Maßnahmeart:	
Gesamtkosten:	11.809.485,02 EURO
davon EU-Beteiligung:	5.904.304,54 EURO
Zuwendung aus nationalen öffentlichen Mitteln:	5.170.180,48 EURO
Zuwendung aus privaten Mitteln:	735.000,00 EURO

5. Kategorie der Maßnahme

1. Freiwillige oder erzwungene Rückkehr	
<input checked="" type="checkbox"/>	Typ A : freiwillige Rückkehr
<input type="checkbox"/>	Typ B: Erzwungene Rückkehr
2 . Typologien der Maßnahmen	
Typ 2 Unterstützte freiwillige Rückkehr (AVR)	80 %
Typ 4 Beratung und Information (Counselling and information)	20 %

2.1.2. Maßnahme 2

**Besonders innovative Projekte der Rückkehr- und Reintegrationsunterstützung
(Spezifische Prioritäten Nr. 1.1. und 1.2; Kofinanzierung bis zu 75 % möglich)**

1. Ziel und Inhalt der Maßnahme

Ziel ist es, eine zusätzliche Verbesserung des Rückkehrmanagements mit besonders innovativen Projekten im Bereich der freiwilligen Rückkehr und Reintegration zu erreichen. Es gelten die unter 2.1.1. Nr. 3 beschriebenen Zielsetzungen. Besonders innovative Projekte kennzeichnen sich dadurch, dass sie über die üblichen Standards und die bisherige Praxis hinaus neue Instrumente und Verfahrensweisen im Bereich der Rückkehr- und Reintegrationsunterstützung anwenden/umsetzen und dadurch auch als Impulsgeber für andere Projektträger fungieren.

Hier soll auch ein kohärenter Ansatz zwischen Rückkehr-, Reintegrations-, Entwicklungs- und Arbeitsmarktpolitik gefördert werden. Dabei sollen die in den jeweiligen Politikgebieten zur Verfügung stehenden Unterstützungsmöglichkeiten besser verzahnt werden, um eine größere Nachhaltigkeit der Rückkehr und Reintegration zu ermöglichen.

Damit lässt sich eine nachhaltigere Wirkung für eine eigenständige Erwerbssicherung erzielen, wodurch die wesentliche Grundlage für eine dauerhafte Reintegration gelegt werden kann. Der durchgehende Betreuungs- und Begleitprozess von zielgerichteter Beratung, Vorbereitung auf die Rückkehr, Reise- und Transportunterstützung und vor allem Nachbetreuung im Rückkehrland ist erfahrungsgemäß ein wichtiger Faktor für das Gelingen einer nachhaltigen Reintegration.

Begründungen für die spezifischen Prioritäten 1.1. und 1.2.:

Ziel ist eine Verbesserung des Rückkehrmanagements durch ein Bündel von innovativen nationalen und internationalen Instrumenten. Die Maßnahmeträger sollen mittels Umsetzung innovativer Projekte dem Rückkehrmanagement besondere Impulse geben und insofern zu

dessen Erfolg maßgeblich beitragen. Solche Projekte sollen sich insbesondere auf die Bereiche Rückkehrunterstützung sowie Wiedereingliederung beziehen.

Zur Verbesserung der Rückkehrförderung und Reintegration werden im Förderjahr 2013 u.a. folgende Maßnahmen durchgeführt:

- Besonders innovative Projekte zur Rückkehrunterstützung (finanziell und organisatorisch) und zur Wiedereingliederung im Herkunftsland
- Projekte zur Rückkehrunterstützung und Wiedereingliederung im Herkunftsland, die die besondere Lage schutzbedürftiger Rückkehrer berücksichtigen

Der Schwerpunkt bei diesem Maßnahmenbereich soll im Förderjahr 2013 auf Projekten zur Reintegration im Herkunftsland liegen. Insbesondere die Nachhaltigkeit des Verbleibs im Herkunftsland des Rückkehrers soll weiterhin verbessert, die Wiedereingliederung im Heimatland erleichtert und auch attraktiv gemacht werden. Im Vordergrund steht die „Hilfe zur Selbsthilfe“. Insbesondere der Hilfestellung bei der beruflichen Wiedereingliederung kommt dabei eine Schlüsselrolle zu.

2. Voraussichtliche Finanzhilfeempfänger

Es wird damit gerechnet, dass hier Anträge von den Einrichtungen der großen Kirchen, den Trägern der Wohlfahrtspflege, internationalen Organisationen (z. B. IOM, UNHCR) oder privat organisierten Vereinen und Einrichtungen vorgelegt werden, daneben aber auch von mit der Rückkehrförderung und/oder Rückführung befassten Behörden.

3. Voraussichtliche Ergebnisse und zu verwendende Indikatoren

Hinsichtlich der erwarteten Ergebnisse wird auf die Ausführungen unter 2.1.1. Nr. 3 verwiesen. Zur Messung der Zielerreichung der Projekte werden folgende Indikatoren verwendet:

- Anzahl/Anstieg freiwilliger Ausreisen
- Anzahl der gewährten Starthilfen
- Anteil besonders schutzbedürftiger Personen
- Anteil der Wiedereinreisefälle
- Betreuungskapazitäten im Herkunftsland
- Anzahl der Betreuungsfälle im Herkunftsland
- Anzahl der durchgeführten Fortbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen
- Anzahl der vermittelten Fortbildungs-, Ausbildungs- und Arbeitsplätze in den Herkunftsländern
- Anzahl der Beratungsfälle/ beratenen Personen
- Regionale Reichweite der Beratungsstelle/ Größe der Gruppe der potenziellen Nutznießer

4. Finanzielle Informationen

Für das Jahr 2013 vorgesehene Mittel für diese Maßnahmeart:	
Gesamtkosten:	1.066.700,00 EURO
davon EU-Beteiligung:	800.000,00 EURO
Zuwendung aus nationalen öffentlichen Mitteln:	186.700,00 EURO
Zuwendung aus privaten Mitteln:	80.000,00 EURO

5. Kategorie der Maßnahme

1. Freiwillige oder erzwungene Rückkehr	
<input checked="" type="checkbox"/>	Typ A : freiwillige Rückkehr
<input type="checkbox"/>	Typ B: Erzwungene Rückkehr
2 . Typologien der Maßnahmen	
Typ 1 Rückkehrstrategie (Return management (strategy))	25 %
Typ 2 Unterstützte freiwillige Rückkehr (AVR)	75 %

2.1.4. Maßnahme 3 (Behördenprojekt)

Intensivierung und Verbesserung der Zusammenarbeit mit westafrikanischen Staaten auf dem Gebiet der Beschaffung von Heimreisedokumenten sowie der Durchführung von Rückführungsmaßnahmen

1. Ziel und Inhalt der Maßnahme

Für die Entwicklung eines integrierten Rückkehrmanagements ist auch eine Verbesserung der Kooperation mit den Herkunftsstaaten zwecks Identifizierung und ggf. Beseitigung personenbezogener Rückführungshindernisse nötig. Aus den bisherigen Erfahrungen des in Verantwortung der Bundespolizei durchgeführten Projekts (das Projekt für das Förderjahr 2013 beginnt erst in 2014) zur Intensivierung und Verbesserung der Zusammenarbeit mit solchen westafrikanischen Staaten, bei denen sich die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Beschaffung von Heimreisedokumenten sowie der Durchführung von Rückführungsmaßnahmen schwierig gestaltet, soll dieser Ansatz konsequent fortgesetzt werden.

Dabei sollen folgende einzelnen Maßnahmenschritte unternommen werden:

- Intensivierung und Verbesserung der Zusammenarbeit mit den Immigrationsbehörden und Auslandsvertretungen der genannten Staaten zur Etablierung stabiler operativer Arbeitsbeziehungen,

- Problembereich Identifizierung und Passbeschaffung - operative Einbindung der Immigrationsbehörden der genannten Staaten in den Prozess der Identifizierung und Beschaffung von Heimreisedokumenten,
- In Zusammenarbeit mit den Immigrationsbehörden und Auslandsvertretungen Erarbeitung und Vereinbarung bester Praktiken im Hinblick auf die Ausstellung von Heimreisedokumenten sowie die Durchführung von Rückführungsmaßnahmen.

2. Voraussichtliche Finanzhilfeempfänger

Die Umsetzung dieser Maßnahme erfolgt ausschließlich durch die Bundespolizei.

Begründung der Monopolstellung

Die de-jure Monopolstellung wird wie folgt begründet:

- Die Bundespolizei ist gem. § 71 Abs. 3 Nr. 7 AufenthG zuständig für die Rückführung von Ausländern.
- Überdies ist die Bundespolizei gem. § 71 Abs. 3 Nr. 7 AufenthG zuständig für die Beschaffung von Heimreisedokumenten für Ausländer einzelner Staaten (derzeit 19 afrikanische Staaten und Vietnam) im Wege der Amtshilfe.

Eine de-jure Monopolstellung der ist somit gegeben. Eine Projektdurchführung durch Nicht-regierungsorganisationen ist de jure und de facto ausgeschlossen.

3. Voraussichtliche Ergebnisse und zu verwendende Indikatoren

- Anzahl und Beschreibung der Maßnahmen, die zu einer Verbesserung in der Zusammenarbeit geführt haben
- Anzahl der durchgeführten Kontaktaufnahmen mit anderen Institutionen

5. Finanzielle Informationen

Für das Jahr 2013 vorgesehene Mittel für diese Maßnahme:	
Gesamtkosten:	440.000,00 EURO
davon EU-Beteiligung:	220.000,00 EURO
Zuwendung aus nationalen öffentlichen Mitteln:	220.000,00 EURO
Zuwendung aus privaten Mitteln:	0,00 EURO

6. Kategorie der Maßnahme

1. Freiwillige oder erzwungene Rückkehr	
<input type="checkbox"/>	Typ A : freiwillige Rückkehr

<input checked="" type="checkbox"/>	Typ B: Erzwungene Rückkehr
2 . Typologien der Maßnahmen	
Typ 3 Erzwungene Rückkehr (Forced return)	100 %

2.2 Maßnahmen zur Umsetzung von Priorität 2

„Unterstützung für die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten beim Rückkehrmanagement“

2.2.1 Maßnahme 4

Unterstützung für die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten beim Rückkehrmanagement

1. Ziel und Inhalt der Maßnahme

Ein Anstieg freiwilliger Ausreisen ist auch durch internationale Zusammenarbeit anzustreben. Es müssen internationale Kontakte aus- bzw. aufgebaut werden, um von den jeweiligen Erkenntnissen und Erfahrungen im Wege eines Benchmarking gemeinsam profitieren zu können.

Dies ist u. a. durch folgende Maßnahmeninhalte umsetzbar:

- Konzeption und Umsetzung gemeinsamer integrierter Rückkehrpläne auf nationaler Ebene
- Erfahrungsaustausch und Kooperation der Mitgliedstaaten, insbesondere zu Rückkehr- und Reintegrationsmaßnahmen, z.B. durch Tagungen und Konferenzen, sowie regelmäßige Besuche bei den Partnerbehörden, die für freiwillige Rückkehr zuständig sind und die Pflege von Netzwerken.

2. Voraussichtliche Finanzhilfeempfänger

Es wird damit gerechnet, dass hier Anträge von den Einrichtungen der großen Kirchen, den Trägern der Wohlfahrtspflege, internationalen Organisationen (z. B. IOM, UNHCR) oder privat organisierten Vereinen und Einrichtungen vorgelegt werden, daneben aber auch von mit der Rückkehrförderung und/oder Rückführung befassten Behörden.

3. Voraussichtliche Ergebnisse und zu verwendende Indikatoren

- Anzahl gemeinsam aufgestellter/ umgesetzter Rückkehrpläne
- Regionale Reichweite des Erfahrungsaustauschs
- Anzahl der besuchten Tagungen

- Anzahl der Besuche bei den Partnerbehörde
- Qualität evtl. durchgeführter Tagungen (anhand Teilnehmerbefragungen)

4. Finanzielle Informationen

Für das Jahr 2013 vorgesehene Mittel für diese Maßnahmeart:	
Gesamtkosten:	350.000,00 EURO
davon EU-Beteiligung:	175.000,00 EURO
Zuwendung aus nationalen öffentlichen Mitteln:	125.000,00 EURO
Zuwendung aus privaten Mitteln:	50.000,00 EURO

5. Kategorie der Maßnahme

1. Freiwillige oder erzwungene Rückkehr	
<input checked="" type="checkbox"/>	Typ A : freiwillige Rückkehr
<input type="checkbox"/>	Typ B: Erzwungene Rückkehr
2. Typologien der Maßnahmen	
Typ 9 Zusammenarbeit mit anderen Mitgliedstaaten (Cooperation between MS)	100 %

2.2.2 Maßnahme 5 (Behördenprojekt)

Zusammenarbeit mit der französischen Partnerbehörde Office Français de l'Immigration et de l'Integration (OFII)

1. Ziel und Inhalt der Maßnahme

Um die Zusammenarbeit von Behörden mehrerer Mitgliedstaaten voranzubringen, bietet es sich insbesondere an, in ausgewählten Herkunftsländern die durch andere Mitgliedstaaten bereits geschaffenen Strukturen, z.B. Erstaufnahme- und Betreuungseinrichtungen sowie Aus-/ Fortbildungsstätten, zu nutzen bzw. gemeinsam mit anderen Mitgliedstaaten solche Strukturen aufzubauen. Ziel ist die Zurverfügungstellung von Hilfeleistungen unterschiedlichster Art für die Erleichterung der Reintegration im Herkunftsland.

Im Förderjahr 2013 ist daher ein Projekt des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) mit der französischen Partnerbehörde Office Français de l'Immigration et de l'Integration (OFII) im Bereich der Reintegration von freiwilligen Rückkehrern nach Armenien

oder in einem anderen von der OFII betreuten Herkunftsland geplant. Das BAMF arbeitet in diesem Fall als koordinierende Behörde auf Bundesebene für die freiwilligen Rückkehrer aus Deutschland mit OFII zusammen. Die Kooperation der beiden Dienststellen erlaubt erstmals, die bewährten Praktiken eines Mitgliedstaates (Frankreichs) bei der Reintegration von Rückkehrern in ihren Heimatstaat direkt durch eine Behörde des anderen Mitgliedstaates (Deutschland) zu nutzen, ohne hierfür eigene Dienstleistungsstrukturen im Herkunftsstaat aufbauen zu müssen (shared services).

OFII hat im Rückkehrland bereits eine bewährte und funktionsfähige Beratungs- und Unterstützungsinfrastruktur für Rückkehrer aufgebaut. Es ist daher im Sinne einer verstärkten europäischen Zusammenarbeit im Rückkehrbereich, vorhandenes Implementierungswissen eines Mitgliedstaates im Bereich Rückkehr und nachhaltige Reintegration sowie dessen Geschäftsprozesse für Rückkehrer aus einem anderen Mitgliedstaat nutzen zu können.

Ziel ist es, die Reintegration von freiwilligen Rückkehrern in Armenien nachhaltig durch Unterstützungsmaßnahmen insbesondere im Bereich der Arbeitsmarktintegration zu fördern. Das Projekt erfordert eine enge Kooperation zwischen den beiden Mitgliedstaaten, um dieses Pilotprojekt einzurichten, die Unterstützungsleistungen entsprechend anzupassen und insbesondere die Kommunikation mit den unterschiedlichen Akteuren vor Ort sicherzustellen. Das Projekt hat bundesweite Bedeutung, da freiwillige Rückkehrer aus allen Bundesländern die Rückkehr- und Reintegrationshilfen des Projektes in Armenien nutzen können.

2. Voraussichtliche Finanzhilfeempfänger

Für die Umsetzung kommt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge als im Bereich der freiwilligen Rückkehr koordinierende Stelle auf Bundesebene in Betracht.

3. Begründung der Monopolstellung

Die de-facto Monopolstellung wird wie folgt begründet:

Aufgrund der Projektmerkmale (Zusammenarbeit von Behörden zweier EU-Mitgliedstaaten) kommt keine andere Organisation/Stelle in Frage. Somit liegt eine de-facto Monopolstellung vor.

4. Voraussichtliche Ergebnisse und zu verwendende Indikatoren

- min. 20 freiwillige Rückkehrer aus Deutschland erhalten nach ihrer Rückkehr ins Herkunftsland Reintegrationshilfen
- für min. 10 Rückkehrer wird eine Existenzgründung gefördert und das dafür erforderliche Fachwissen vermittelt
- für min. 10 Rückkehrer werden berufliche Qualifizierungsmaßnahmen gefördert

5. Finanzielle Informationen

Für das Jahr 2013 vorgesehene Mittel für diese Maßnahme:	
Gesamtkosten:	52.109,00EURO
davon EU-Beteiligung:	26.054,50 EURO
Zuwendung aus nationalen öffentlichen Mitteln:	26.054,50 EURO
Zuwendung aus privaten Mitteln:	0,00 EURO

6. Kategorie der Maßnahme

1. Freiwillige oder erzwungene Rückkehr	
<input checked="" type="checkbox"/>	Typ A : freiwillige Rückkehr
<input type="checkbox"/>	Typ B: Erzwungene Rückkehr
2. Typologien der Maßnahmen	
Typ 9 Zusammenarbeit mit anderen Mitgliedstaaten (Cooperation between MS)	100 %

2.3 Maßnahmen zur Umsetzung von Priorität 3

„Unterstützung für besonders innovative (inter-)nationale Instrumente des Rückkehrmanagements“

2.3.1 Maßnahme 6

**Information der Öffentlichkeit durch moderne Medien
(Spezifische Priorität Nr. 3.1; Kofinanzierung bis zu 75 % möglich)**

1. Ziel und Inhalt der Maßnahme

Ziel dieser Maßnahme ist, die Informationen im Bereich der Rückkehr- und Reintegrationsförderung zu verbreiten. Im Rahmen dieser Maßnahme sollen vor allem Rückkehrberatungsstellen und andere mit Rückkehrern beschäftigte Stellen über Möglichkeiten zur Rückkehr- und Reintegrationsförderung informiert werden. Hierzu sollen alle modernen Medien genutzt werden. Auch die direkte Ansprache von Rückkehrern soll verbessert werden. Hierzu werden zielgruppengerechte Medien erstellt und veröffentlicht, wie beispielsweise Kurzfilme oder Comics, die universell eingesetzt werden können (u.a. auch in Erstaufnahmeeinrichtungen, bei Tagungen und Veranstaltungen mit anderen Behörden und Länder und diversen nationalen und internationalen Austauschforen), um damit die Aktivitäten unter aktiver Mitwirkung der Beteiligten (z.B. Rückkehrer) vorzustellen, für Teilnahme zu werben und die Möglichkeit zu bieten, anhand der Materialien auch z.B. Weiterentwicklungen zu diskutieren. Das Filmmedium soll sich inhaltlich den Themenfeldern „Fluchtgründe/Vertreibung im Herkunftsland“, „Fluchtwege“, „Asylverfahren/Aufnahme in Deutschland“, „berufliche/soziale Perspektiven in

Deutschland“, aber auch „Förder- und Unterstützungsmöglichkeiten für eine freiwillige Rückkehr“ sowie Vorstellung von erfolgreichen Reintegrationsprojekten auseinandersetzen. Der Film soll im Internet auf den BAMF-Seiten als Anschauungsmaterial veröffentlicht werden.

Begründung für die spezifische Priorität 3.1.:

Innovativ ist die zielgruppengerechte Erstellung und Veröffentlichung von Medien, wie beispielsweise Kurzfilme oder Comics, die universell eingesetzt werden können (u.a. auch in Erstaufnahmeeinrichtungen, bei Tagungen und Veranstaltungen mit anderen Behörden und Länder und diversen nationalen und internationalen Austauschforen), um damit die Aktivitäten unter aktiver Mitwirkung der Beteiligten (z.B. Rückkehrer) vorzustellen, für Teilnahme zu werben und die Möglichkeit zu bieten, anhand der Materialien auch z.B. Weiterentwicklungen zu diskutieren. Sie reflektieren in hohem Maße das Fluchtschicksal. Comics und Kurzfilme sind leicht verständlich und haben für den Zuschauer eine hohe Identifikationswirkung. Das Filmmedium soll sich inhaltlich den Themenfeldern „Fluchtgründe/Vertreibung im Herkunftsland“, „Fluchtwege“, „Asylverfahren/Aufnahme in Deutschland“, „berufliche/soziale Perspektiven in Deutschland“, aber auch „Förder- und Unterstützungsmöglichkeiten für eine freiwillige Rückkehr“ sowie Vorstellung von erfolgreichen Reintegrationsprojekten auseinandersetzen. Der Film soll im Internet auf den BAMF-Seiten als Anschauungsmaterial veröffentlicht werden.

2. Voraussichtliche Finanzhilfeempfänger

Zu erwarten ist, dass Anträge von privat organisierten Vereinen und Einrichtungen oder von öffentlichen Einrichtungen vorgelegt werden, die sich mit der Erstellung von Informationsmaterialien beschäftigen.

3. Voraussichtliche Ergebnisse und zu verwendende Indikatoren

- Vorlage eines Kurzfilms zu Rückkehrfördermöglichkeiten
- Vorlage eines Comics Rückkehrfördermöglichkeiten
- Vorlage einer Broschüre für Rückkehrberatungsstellen zu Rückkehrfördermöglichkeiten
- Vorlage eines Flyers für Rückkehrer zu Rückkehrfördermöglichkeiten
- Anzahl der verteilten Kopien der Broschüre
- Anzahl der verteilten Kopien des Flyers
- Anzahl der Präsentationen über Rückkehrfördermöglichkeiten auf Veranstaltungen

4. Finanzielle Informationen

Für das Jahr 2013 vorgesehene Mittel für diese Maßnahme:	
Gesamtkosten:	133.350,00 EURO
davon EU-Beteiligung:	100.000,00 EURO
Zuwendung aus nationalen öffentlichen Mitteln:	33.350,00 EURO

Zuwendung aus privaten Mitteln:	0,00 EURO
---------------------------------	-----------

5. Kategorie der Maßnahme

1. Freiwillige oder erzwungene Rückkehr	
<input checked="" type="checkbox"/>	Typ A : freiwillige Rückkehr
<input checked="" type="checkbox"/>	Typ B: Erzwungene Rückkehr
2 . Typologien der Maßnahmen	
Typ 4 Beratung und Information	100 %

2.4 Maßnahmen zur Umsetzung von Priorität 4

„Förderung von Gemeinschaftsnormen und bewährten Praktiken im Bereich des Rückkehrmanagements“

2.4.1 Maßnahme 7 (Behördenprojekt)

Behördliches Netzwerk für internationale Projektarbeit im Bereich Rückkehr und Reintegration (BeNIP)

1. Ziel und Inhalt der Maßnahme

Ziel ist ein bundesweites Netzwerk für rückkehrbezogene Projektarbeit, in das verschiedene staatliche Akteure auf unterschiedlichen Ebenen (Bund, Länder, Kommunen) einbezogen werden, wobei auch die Schnittstellen zu den europäischen Partnern genutzt werden (Vorgehensweisen / Erfahrungen der anderen Mitgliedstaaten sowie der Schweiz im Rückkehrbereich). Im Vordergrund steht die Vernetzung der in Deutschland auf unterschiedlichen Verwaltungsebenen aktiven Akteure der des Rückkehrmanagements und der Rückkehrförderung.

Die Erkenntnisse aus diesem Projekt sollen unter anderem auch in die Entwicklung einer Koordinierungsstelle als zentraler Anlaufstelle für rückkehr- und reintegrationsbezogene Projektarbeit einfließen.

Wichtige Mitgliedstaaten, die im Bereich der Rückkehrprojekte und Reintegrationsförderung aktive Projektarbeit betreiben und sich daher für eine Berücksichtigung im Rahmen von Erfahrungsaustausch und „Best Practices“ besonders eignen, sind u.a. die Mitgliedstaaten: Belgien, Frankreich, Vereinigtes Königreich, Niederlande, Schweden, Polen, Finnland und Dänemark. Es wird geprüft, ob „Best Practices“ – gegebenenfalls mit Anpassungen – übernommen werden können.

Die Zuständige Behörde wird hier zusammen mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge als Projekt durchführende Stelle tätig, da aufgrund der Projektmerkmale (Behördenzusammenarbeit auf nationaler Ebene) keine andere Organisation/Stelle ausgewählt werden kann. Es liegt aufgrund der Projektmerkmale eine de-facto-Monopolstellung vor.

Dazu sollen, basierend auf einer Matrix zu den unterschiedlichen Praktiken in den Mitgliedsstaaten, vier bis sechs Study visits bei wichtigen europäischen Partnerbehörden erfolgen. Die Ergebnisse fließen in aktualisierte Rückkehrprojekt-Matrices ein und sind eine Grundlage für die Konzeption der künftigen internationalen Projektarbeit der teilnehmenden Behörden.

2. Voraussichtliche Finanzhilfeempfänger

Für die Umsetzung kommt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge als im Bereich der freiwilligen Rückkehr koordinierende Stelle auf Bundesebene in Betracht.

3. Begründung der Monopolstellung

Die de-facto Monopolstellung wird wie folgt begründet:

Das Projekt beruht auf der Zusammenarbeit von Behörden auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene. Dabei soll durch eine Vernetzung der behördlichen Akteure im Bereich des Rückkehrmanagements und der Rückkehrförderung die Abstimmung von Projekten mit europäischen Partnern, insbesondere

- das Ermitteln von möglichen Junior-Projektpartnern oder Konsortialpartnern,
- die gemeinsame Konzeption von Projekten für bestimmte Zielländer/-regionen und
- die dafür erforderliche inhaltliche Abstimmung mit europäischen Partnern verbessert und koordiniert werden.

4. Voraussichtliche Ergebnisse und zu verwendende Indikatoren

- Bestandsaufnahme zur Rückkehrprojektarbeit mittels einer gemeinsam entwickelten Matrix
- ca. vier themen-/anlassbezogene Workshops
- Anzahl der Kooperationen mit europäischen Partnerbehörden
- Anzahl der „Best Practices“, die ausgetauscht und (ggf. mit Anpassungen) übernommen wurden
- Abschlusskonferenz im Jahr 2014 (Auswertung der Matrix, Sicherstellung der Nachhaltigkeit)

5. Finanzielle Informationen

Gesamtkosten:	100.000,00 EURO
davon EU-Beteiligung:	50.000,00 EURO
Zuwendung aus nationalen öffentlichen Mitteln:	50.000,00 EURO
Zuwendung aus privaten Mitteln:	0,00 EURO

6. Kategorie der Maßnahme

1. Freiwillige oder erzwungene Rückkehr	
<input checked="" type="checkbox"/>	Typ A : freiwillige Rückkehr
<input checked="" type="checkbox"/>	Typ B: Erzwungene Rückkehr
2 . Typologien der Maßnahmen	
Typ 8 Studienreisen (Capacity building research (Study visits))	50 %
Typ 8 Austausch bzw. Übernahme von "Best practices" (ggf. mit Anpassungen) als Ergebnis der Study Visits	50 %

3. TECHNISCHE HILFE

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wird zur Durchführung der Entscheidung 575/2007/EG seine Zuständigkeit gem. Art. 25 ff. nicht auf eine andere öffentliche Verwaltungsstelle oder Nichtregierungsorganisation übertragen.

Zweck der technischen Hilfe

Zum Zwecke der Durchführung der Entscheidung 575/2007/EG wird die administrative/ technische Unterstützung für folgende Arbeitsschritte eingesetzt:

Öffentliche Ausschreibung:

Zur Vorbereitung und Durchführung der öffentlichen Ausschreibung werden entsprechende Antragsformulare erarbeitet. Der Ausschreibungstext wird erstellt und im Bundesanzeiger veröffentlicht. Mit öffentlichen Informationsschreiben werden potentielle Antragsteller rechtzeitig auf die Ausschreibung hingewiesen.

Antragsbearbeitung:

Die Anträge auf Zuwendungen aus dem Europäischen Rückkehrfonds werden vom Bundesamt im Hinblick auf ihre Ordnungsmäßigkeit und Richtigkeit überprüft. Soweit Zweifel an der Zuverlässigkeit der Angaben von Bewerbern bestehen und/oder das Projekt mit anderen regionalen, nationalen und gemeinschaftlichen Instrumenten nicht vereinbar ist und/oder eine Doppelfinanzierung vorliegt, wird der Antrag des Bewerbers abgelehnt. Auf eine kon-

zeptionelle Abstimmung zwischen den Projektbeschreibungen der Bewerber und dem Mehrjahresprogramm/Jahresprogramm wird geachtet.

Auswahl der Projekte und Gewährleistung der Transparenz des Verfahrens:

Die Projekte werden von einem eigens dafür bestimmten Vergabeteam ausgewählt. Die auszahlende Stelle ist hiervon getrennt.

Verwaltung, Begleitung, Überwachung, Rechnungsprüfung und Bewertung der Projekte:

Das vorgesehene Instrumentarium für die Überwachung und Bewertung von Einzelmaßnahmen besteht neben den Festlegungen in der Richtlinie in kurzfristig vorgenommenen Vor-Ort-Kontrollen und Zwischenberichten. Alle Projekte sollen im Förderzeitraum mindestens einmal auf Inhalte, Zielsetzungen, Effizienz und Nachhaltigkeit von der Zuständigen Behörde überprüft werden. Dies geschieht im Regelfall auch durch Vor-Ort-Besuche. Die buchtechnische Prüfung erfolgt anhand der übersandten Verwendungsnachweise (Sachbericht, zahlenmäßiger Nachweis). Dazu kommt die kassenmäßige Abwicklung, die sich auf die Vorarbeiten der Kontrolle stützt bzw. nur auf Grund von Zahlungsfreigaben die EU-Mittel an die Projektträger auszahlen darf.

Bei Änderungen im Projektverlauf und geänderten finanziellen Verhältnissen hat der Zuwendungsempfänger nach den förderrechtlichen Bestimmungen, die Bestandteil des Zuwendungsbescheides werden, umfangreiche Mitteilungspflichten, die der Bewilligungsbehörde eine stete Kontrolle und Bewertung erlauben, da bei einem Verstoß gegen die Mitteilungspflichten der Bewilligungsbescheid auch mit Wirkung für die Vergangenheit widerrufen werden kann bzw. durch eine auflösende Bedingung unwirksam wird.

Die Evaluation der Projekte wird im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung an ein unabhängiges externes wissenschaftliches Institut vergeben. Die Höhe der Kosten dieser Maßnahme folgt den Grundsätzen der wirtschaftlichen und sparsamen Mittelverwendung.

Qualitätsmanagement und Nachhaltigkeitsprüfung:

Die potenziellen Projektträger werden von Beginn der Projektdurchführung begleitet und in verschiedenen Veranstaltungen des Bundesamtes zum Erfahrungsaustausch geladen sowie auch zu Best-Practice-Beispielen informiert. Darüber hinaus findet eine Vielzahl von individuellen Beratungsgesprächen statt. Hierbei werden immer wieder innovative Ideen entwickelt und Impulse für weitergehende Projekte den Trägern vermittelt. Des Weiteren findet beim Besuch der Projekte eine Nachhaltigkeitsprüfung statt, um insbesondere den Mehrwert für die Zielgruppe des Europäischen Rückkehrfonds zu ermitteln. Mit den Qualitäts- und Nachhaltigkeitsprüfungen sind sowohl die Außendienstmitarbeiter als auch die Mitarbeiter der Vergabe in ihren jeweiligen räumlichen Zuständigkeitsbereichen betraut.

4. ENTWURF FINANZPLAN

Mitgliedstaat: Bundesrepublik Deutschland

Betroffenes Jahresprogramm : 2013

Fonds: Europäischer Rückkehrfonds

<i>(alle Zahlen in Euro)</i>	Bezo- gen auf Priorität	Bezo- gen auf spezifi- sche Priorität	Gemein- schaftsbeitrag (a)	Zuwendung aus öffentli- chen Mitteln (b)	Zuwendung aus privaten Mitteln (c)	Gesamt (d=a+b+c)	% ERF- Mittel (e= a/d)	Anteil an Gesamt- summe (d/ d ge- samt)
Maßnahme 1	1	---	5.904.304,54	5.170.180,48	735.000,00	11.809.485,02	50,00	82,66%
Maßnahme 2	1	1 und 2	800.000,00	186.700,00	80.000,00	1.066.700,00	75,00	7,47%
Maßnahme 3	1	---	220.000,00	220.000,00	0,00	440.000,00	50,00	3,08%
Maßnahme 4	2	---	175.000,00	125.000,00	50.000,00	350.000,00	50,00	2,45%
Maßnahme 5	2	---	26.054,50	26.054,50	0,00	52.109,00	50,00	0,36%
Maßnahme 6	3	1	100.000,00	33.350,00	0,00	133.350,00	74,99	0,93%
Maßnahme 7	4		50.000,00	50.000,00	0,00	100.000,00	50,00	0,70%
Technische Hilfe	---	---	334.389,96			334.389,96	100,00	2,34%
GESAMT	---	---	7.609.749,00	5.811.284,98	865.000,00	14.286.033,98	53,27	100,00%

EU Zuständige Behörde
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
Frankenstraße 210
90461 Nürnberg

(Unterschrift der verantwortlichen Person; RL'in i.V. Scheer)